

## 16. Wahlperiode

### Kleine Anfrage

#### des Abgeordneten **Andreas Otto (Bündnis 90/Die Grünen)**

vom 12. Juli 2007 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. Juli 2007) und **Antwort**

#### **Aufzüge U2 im Bereich Prenzlauer Berg**

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wie sind die aktuellen Terminplanungen für den Einbau von Aufzügen in den U-Bahnhöfen Rosa-Luxemburg-Platz, Senefelderplatz, Eberswalder Straße und Vinetastraße?

Antwort zu 1.: Nach Auskunft der BVG sind ab 2009 umfangreiche Sanierungsarbeiten am Hochbahnviadukt in der Schönhauser Allee geplant. Im Zuge dieser Arbeiten ist auch der Einbau eines Aufzugs im U-Bahnhof Eberswalder Straße vorgesehen. Für die weiteren Aufzugseinbauten auf U-Bahnhöfen der U-Bahnlinie 2 im Bereich Prenzlauer Berg liegt noch keine konkrete Terminplanung vor.

Frage 2: Wie wurden die zeitlichen Prioritäten gesetzt, und welche Rolle spielte dabei der gestiegene Bedarf von Müttern und Vätern mit Kleinkindern?

Antwort zu 2.: Die Verbesserung des barrierefreien Zugangs zu Bussen und Bahnen ist ein wichtiges Ziel der Verkehrspolitik des Berliner Senats. Der öffentliche Nahverkehr soll auch Menschen mit Behinderungen gleichwertige Mobilitätschancen eröffnen. Daher wurde für das U-Bahnnetz im Juli 2005 eine mit den Behindertenverbänden und dem Beauftragten für Menschen mit Behinderung des Landes Berlin abgestimmte Prioritätenliste fortgeschrieben. Danach ist für den Zeitraum bis 2010 die Herstellung von mindestens 22 weiteren Aufzügen vorgesehen. Die Fortschreibung der Prioritätenliste für den Einbau von Aufzügen im Zeitraum nach 2010 bis 2015 soll Ende 2008 beginnen. In diesem Zusammenhang wird auch geprüft, ob die oben genannten U-Bahnhöfe in die Prioritätenlisten aufgenommen werden können. Die Belange behinderter Menschen stehen dabei im Vordergrund. Kriterien für die zeitliche Einordnung des Einbaus

von Aufzügen sind u.a. Aufkommensschwerpunkte, wichtige, System vernetzende Umsteigebahnhöfe, bedeutende Einkaufs- und Veranstaltungszentren sowie die ggf. anstehende Grundsanierung des betreffenden Bahnhofs.

Von den Investitionen in den barrierefreien Ausbau profitieren aber nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch andere Personengruppen, wie beispielsweise ältere Menschen oder Eltern mit Kinderwagen. Diese Personengruppen stehen bei der Erarbeitung der Prioritätenliste jedoch nicht im Vordergrund.

Berlin, den 26. Juli 2007

In Vertretung

Dunger-Löper

.....  
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 31. Juli 2007)